



Die Integration hält Bassam Tibi selbst bei der dritten Generation häufig für misslungen.

THOMAS PFLAUM / VISUM

«Deutschland kapituliert vor dem Islam»

Der Politikwissenschaftler Bassam Tibi wirft der deutschen Politik vor, die kritische Debatte zu unterdrücken

Herr Tibi, vor zwei Jahren haben Sie gesagt, die Kölner Silvesternacht von 2015 mit den massenhaften sexuellen Übergriffen sei ein «Dosenöffner» gewesen. Seither finde in Deutschland eine freiere Diskussion über Migration und Islam statt. Hat sich das bewahrheitet?

Ich hatte gehofft, dass die Deutschen aufwachen würden. Das ist aber nicht passiert. Eine links-grüne Minderheit dominiert die Medien. Viele Menschen denken so wie ich; in privaten Gesprächen äussern sie auch ihre Bedenken. Wenn sie aber öffentlich reden, haben sie Angst. Es gibt eine Atmosphäre der Selbstzensur in Deutschland. Persönlich habe ich keine Angst vor Diffamierung. Ich kann mich wehren. Aber der deutsche Michel ist ängstlich.

Der Diskurs scheint sich in den letzten zwei Jahren aber doch verändert zu haben. In der Flüchtlingskrise und danach haben sich Intellektuelle wie Rüdiger Safranski, Jörg Baberowski oder jüngst Uwe Tellkamp sehr kritisch zur Migrationspolitik geäussert.

Einzelne Individuen haben sich vorgewagt: Das sind mutige Deutsche, und ich bewundere sie. Am Beispiel von Tellkamp kann man aber auch illustrieren, was passiert, wenn einer vom medialen Mainstream abweicht. Tellkamp hat mit der AfD nichts zu tun. Die Medien versuchten ihn aber als radikalisierten Rechten fertigzumachen. An ihm wurde ein Exempel statuiert: «Guckt alle her, sollte sich ein anderer vorwagen, passiert mit ihm das Gleiche.» Unerhört ist auch, dass sich der Suhrkamp-Verlag von seinem Autor gleich distanzierte. Ich war selbst zwanzig Jahre Suhrkamp-Autor. Ich hielt den Verlag für ein Symbol der Redefreiheit und der wissenschaftlichen Diskussion. Ich schäme mich fremd.

Der deutsche Innenminister Horst Seehofer hat eine Islam-Debatte ausgelöst. Er meint, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt dagegen. Was denken Sie als liberaler Muslim?

«Den Islam» gibt es nicht. Es gibt 57 Länder mit vorwiegend islamischer Bevölkerung, zwei Milliarden Muslime und vierzehn Jahrhunderte islamische Geschichte. Gehört das alles zu Deutschland? Man kann das schlecht behaupten. Ich erkenne sowohl bei Merkel als auch bei Seehofer eine bemerkenswerte Lös-

sigkeit und Ignoranz. Beide reden am Gegenstand vorbei. Deutschland brauchte eine kritische Islam-Debatte, aber die wird von der Politik unterdrückt. Die mächtigen muslimischen Verbände bestimmen, wo es langgeht.

Seehofer wurde vorgeworfen, er «spalte» die Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist schon gespalten. 10 Prozent der Muslime in Deutschland sind beruflich und gesellschaftlich eingegliedert. 90 Prozent leben in Parallelgesellschaften. Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören. In Berlin gibt es libanesischen, türkischen und kurdischen Parallelgesellschaften. In Cottbus gibt es schon eine syrische Parallelgesellschaft. Das liegt nicht nur an den Einwanderern, sondern auch an den Deutschen.

Warum?

Die Leute, die hierherkommen, werden nicht integriert. Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heisst aber, dass man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts.

In Deutschland deuten Politiker gern auf die Wichtigkeit der Islam-Konferenz hin. Hat der Dialog zwischen dem Staat und den muslimischen Verbänden irgendetwas gebracht?

Die Islam-Konferenz ist ein «first-class ticket to nowhere». Es ist eine Veranstaltung der Unehrlichkeit. Am Anfang war ich selber dabei. Da konnte ich das Fassadenhafte dieser Verbände erleben: In den offiziellen Diskussionen gaben sie sich integrationswillig, verfolgte man dann während der Pausen die Diskussionen der Teilnehmer untereinander, klang es ganz anders. Kennen Sie den Roman «Soumission» von Michel Houellebecq? Die Islam-Konferenz ist deutsche Unterwerfung. Der Staat kapituliert vor dem Islam. Im letzten Jahr haben die muslimischen Verbände durchgesetzt, dass keine individuellen Muslime zugelassen sind.

Was heisst das?

Liberaler Musliminnen wie Seyran Ates und Necla Kelek wurden rausgeschmissen. Deutschland führt seinen Dialog nur

noch mit vier Verbänden, die aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind. In der Islam-Konferenz geht es nicht um die Integration von Muslimen, sondern um die Minderheitsrechte des organisierten Islams. Über Themen wie Sicherheit und Zuwanderung wollen die Verbände nicht reden.

Der Moscheeverband Ditib wird von der Türkei finanziert. Hinterreibt der Verband die Integration der Türken in Deutschland?

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: In Berlin-Neukölln wollte man durchsetzen, dass muslimische Kinder während des Ramadan nicht fasten. Der Bezirk ging in den Dialog mit dem organisierten Islam. Der bat sich Zeit aus. Irgendwann stieg der

«Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen ist, bleibt nichts.»

türkische Verband Ditib aus den Gesprächen aus. Später präsentierten schiitische Moscheevereine eine Fatwa aus Teheran – und die Sache war vom Tisch. Die Integration in Deutschland hintertreiben nicht nur die Vereine, sondern auch die Länder, die hinter ihnen stehen: die Türkei, Saudiarabien, Iran und Katar.

Wie kann der ausländische Einfluss eingedämmt werden?

Ditib war ursprünglich eine Organisation von Kemal Atatürk, um eine Trennung von Politik und Religion durchzusetzen. Es war einmal eine gute Organisation. Seitdem die AKP an der Macht ist, ist Diti ein Instrument der AKP geworden. Es ist eine Unterorganisation der religiösen Behörde der Türkei, die Diyanet heisst. Diyanet entsendet die Imame nach Deutschland und bezahlt sie auch. Da muss man das ganze System ändern. Der deutsche Staat hat Diti in den letzten Jahren aber auch noch Millionen für Integrationsprojekte bezahlt. Dabei weiss jeder Depp, dass sich Diti nicht für Integration einsetzt. Der Verband will die Türken in Deutschland als selbständige Gemeinde bewahren. Sie sollen ein Instrument der türkischen

Aussenpolitik bleiben. Kurz vor den Wahlen wurden die Zahlungen eingefroren, wegen ein paar Skandalen. Unter anderem kam heraus, dass Diti-Imame Anhänger der Gülen-Bewegung bespitzelten, also auch noch geheimdienstliche Tätigkeiten wahrnahmen. Das ist Integration in Deutschland.

Sie haben gerade ein Buch geschrieben über den muslimischen Antisemitismus. Deutschland fühlt sich dem «nie wieder» verpflichtet. Gleichzeitig scheint man sich nun aber eine gewisse Toleranz gegenüber dem Antisemitismus muslimischer Einwanderer leisten zu wollen. Ich erzähle Ihnen, was ich vergangenes Wochenende in Worms erlebt habe. Ich sprach mit zwei Lehrern am Rande eines Vortrags. Einer plante eine Reise nach Israel. Als er seiner Klasse davon erzählte, forderten ihn syrische Schüler auf, zu sagen, er reise nach Palästina, sonst würden sie ihm nicht zuhören. Als er dies eingestand, forderten sie ihn auf, nicht von Jerusalem zu sprechen, sondern von al-Kuds. Der zweite Lehrer erzählte mir, dass seine Schulleitung veranlasst habe, alle Themen, die den Nahostkonflikt und Juden betreffen, nicht zu behandeln, um arabische Jugendliche nicht zu reizen.

Wie antisemitisch sind die muslimischen Kulturen?

Ich bin in Damaskus aufgewachsen, da war Judenhass selbstverständlich: in der Schule, im Fernsehen, überall. Ich bin als Antisemit nach Deutschland gekommen und in Frankfurt umerzogen worden. Ich will hier nicht die Flüchtlinge anklagen. Sie können nichts dafür. Sie wurden im Orient zu Antisemiten erzogen.

Was kann dagegen getan werden?

Zuerst muss Deutschland endlich anerkennen: Es gibt einen arabischen Antisemitismus unter den Migranten. Und dann brauchen wir Integrationskurse, die mehr sind als Sprachkurse. Es gibt in Deutschland eine Fixierung, die erst allmählich aufbricht: Antisemitismus ist deutsch und kommt von den Nazis. Die Migranten werden verschont.

Interview: Benedict Neff, Berlin

Bassam Tibi ist emeritierter Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen. 2018 erschien beim ibidem-Verlag, Stuttgart, «Islamische Zuwanderung und ihre Folgen. Der neue Antisemitismus, Sicherheit und die neuen Deutschen».

Politisch geprüfte Islamwissenschaft

Machtkampf um geplantes Institut an der Humboldt-Universität

MARC FELIX SERRAO, BERLIN

Gehört der Islam zu Deutschland? Über diese Frage lässt sich auf zweierlei Weise sprechen. Die erste, bekannte Version ist der Schlagabtausch, der derzeit vor allem die Politiker von CSU und CDU beschäftigt. Der christlich-sozialer Teil des Bündnisses sagt Nein, der christlich-demokratische Teil sagt Ja. Das Niveau ist mässig hoch. Die meisten Beiträge kreisen darum, ob die Frage in einem Land mit fünf Millionen Muslimen «hilfreich», der Streit mithin zulässig ist.

Interessanter ist die zweite Version. Sie lässt sich dieser Tage an der Berliner Humboldt-Universität beobachten. Dort soll 2019 ein neues Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik den Lehrbetrieb aufnehmen. Die Frage lautet dabei nicht, ob der Islam zu Deutschland gehört. Sondern: wessen Islam? Denn über das Lehrpersonal sollen alle möglichen Instanzen mitentscheiden, unter anderem auch die türkische Regierung.

Liberaler Muslime fehlen

2015 hat der Berliner Senat den prinzipiell sinnvollen Plan gefasst, eine akademische Ausbildungsstätte für muslimische Theologen und Religionslehrer aufzubauen. Das sei für die Stadt mit den meisten Muslimen im Land – etwa 300 000 – nur angemessen. Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt. Mit dabei: Verwaltung, Hochschulen und die fünf mitgliederstärksten Berliner Islam-Verbände, vorneweg die «Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion», kurz Diti. Nicht mit dabei: Vertreter eines liberalen Islams.

Diti, zum Beispiel, vertritt nach eigenen Angaben fast tausend Moschee-Vereine und ist damit die mitgliederstärkste Migrantenorganisation der Bundesrepublik. Kontrolliert wird sie allerdings nicht vor Ort, sondern vom «Präsidium für religiöse Angelegenheiten» in Ankara. Das wiederum untersteht dem türkischen Ministerpräsidenten.

Ist das eine gute Idee? Dass die Regierung eines einst säkularen Landes, das sich immer mehr in einen autoritären Gottesstaat verwandelt, mit entscheidet, wer in Berlin Hochschullehrer werden darf? Laut Michael Borgolte ist das Verfahren alternativlos. Der Mittelalter-Historiker leitet die Gründung des Zentrums. «Unser Institut kann nicht gegründet werden ohne die Mitwirkung der grösstmöglichen Repräsentanz der muslimischen Gemeinde in Deutschland», sagt er. Da seien sich die Verfassungsrechtler einig.

Diti kennt die Rechtslage auch. Eigentlich sollten die Verbände bis zum 1. April schriftlich erklären, ob sie im Beirat des Instituts mitwirken oder nicht. Unterschrieben hat aber nur eine Organisation, die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden, der wiederum eine grosse Nähe zum Regime in Iran nachgesagt wird. Die restlichen vier Verbände haben die Frist verstreichen lassen. Dem Vernehmen nach geht es nur um Macht. Der Beirat soll mit einer Zweidrittelmehrheit Entscheidungen fällen, auch über das Lehrpersonal. Doch die konservativen Verbände sollen nur fünf von neun Sitzen haben. Zu wenig, um die Geschicke des Instituts zu lenken.

Kein Ausweg aus dem Dilemma?

Historiker Borgolte sieht derzeit keinen Ausweg aus dem Dilemma. Diti müsse die Mehrheitsverhältnisse akzeptieren, Nachverhandlungen seien ausgeschlossen. Im Falle einer Absage könnte allerdings das ganze Projekt scheitern, auch das hätten ihm die Verfassungsjuristen gesagt. Mitte April ist eine Aussprache angesetzt. Wird Diti einlenken? Beim Verband war bis Redaktionsschluss niemand für eine Stellungnahme erreichbar.

Man kann das Machtspiel kritisieren. Oder man kann es als Studienobjekt begreifen und begrüssen. Der Ausgang des Streits wird helfen, die fremden Einflüsse auf die deutschen Muslime freizulegen und offen zu diskutieren.